

Samstagsinterview

Patricia Purtschert, Co-Leiterin des Zentrums für Geschlechterforschung an der Uni Bern

«Was für ein Bild von Flüchtenden skizzieren Sie hier?»

Genderforscherin Patricia Purtschert sieht im Zustrom von Flüchtenden aus anderen Kulturen keine Probleme.

Interview: Bernhard Ott, Fabian Christl

Frau Purtschert, das Stimmvolk hat es abgelehnt, gleichgeschlechtliche Paare per Verfassung von der Ehe auszuschliessen. Sind Sie zufrieden?
Der Weg ist nun frei, um mit der Öffnung der Ehe Diskriminierungen von Lesben und Schwulen abzubauen. Homosexuelle Elternteile haben heute keine Rechte, wenn sie über keine biologische Bindung zu ihrem Kind verfügen.

Kritiker sagen, dass Kinder gleichgeschlechtlicher Paare von Schulkameraden oft gemobbt würden.

Es ist leider so, dass Homophobie in unserer Gesellschaft noch ein Thema ist. Es bedarf deshalb Strategien, um Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern vor Ausgrenzung zu schützen. Man darf die soziale Ungleichheit aber nicht den Diskriminierten anlasten. Das Problem sind nicht Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern, sondern eine Gesellschaft, die damit nicht umgehen kann.

Zeigt das Abstimmungsresultat auch, dass die Akzeptanz von Homosexuellen gestiegen ist?

Im Abstimmungskampf war es interessant zu sehen, dass sich zahlreiche Organisationen auch ausserhalb des schwul-lesbischen Spektrums gegen die konservative Ehe-Definition ausgesprochen haben. Das Abstimmungsresultat zeigt die Bereitschaft, die Ehe als Modell zu betrachten, das man öffnen und verändern kann. Dort lassen sich weitere Fragen ansetzen.

Welche Fragen meinen Sie?

Die Ehe ist nach wie vor auf zwei Personen ausgerichtet. Die gesellschaftliche Realität ist aber eine andere. In heterosexuellen Patchwork-Familien haben Kinder häufig drei oder vier soziale Elternteile - aber nur zwei davon haben Rechte. Und auch bei sogenannten Regenbogenfamilien haben wir oft die Situation, dass ein Kind etwa zwei Mütter und einen Vater hat. Es stellt sich daher die Frage, wie man diese sozialen Beziehungen rechtlich neu regeln könnte.

Sie wollen weg von der Kleinfamilie?

Die Kleinfamilie ist ein junges Phänomen. Für mich war das eine sehr bedeutsame Einsicht, welche mir die Geschlechterforschung eröffnet hat: Das Kleinfamilienmodell, in dem ich in der Schweiz so selbstverständlich aufgewachsen bin, ist historisch gewachsen, kulturell variabel und liegt keineswegs in der Natur der Menschen begründet.

Sie sprechen die Geschlechterforschung an. Geht es da nicht mehr um Politik als um Wissenschaft?

Es ist interessant, dass Sie mir diese Fragen stellen. Wäre ich eine Wirtschaftswissenschaftlerin, würden Sie dies wohl nicht tun. Obwohl die an den Universitäten gelehrt Ökonomie von kritischen Stimmen als einseitig bezeichnet wird.

Die Geschlechterforschung ist aus der Frauenbewegung heraus entstanden. Es ist ihr deklariertes Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben.

Der Bewegungshintergrund ist da. Dieser Austausch macht die Forschung aber auch interessant. In der Geschlechterforschung wird aber wie in allen Disziplinen nach wissenschaftlichen Kriterien gearbeitet. Zudem geht das Forschungsinteresse über Gleichstellungsfragen hinaus. Die Gender Studies erforschen den Zusammenhang zwischen Gesellschaft, Macht und Wissen. Damit haben sie in den vergangenen Dekaden etwa die Wissenschaftsforschung oder

die Gesellschaftstheorie massgeblich vorangetrieben.

Um bei der Gleichstellung zu bleiben: Wo besteht Ihrer Meinung nach noch der grösste Handlungsbedarf?

Ein zentraler Punkt ist die Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Das Modell der «Nur-Hausfrau» ist in der Schweiz viel stärker verankert als in anderen Ländern. Nach wie vor wird männliche Identität auch stark über die Erwerbsarbeit definiert, während die Sorgearbeit die Biografien von Frauen noch immer stark dominiert.

Die Schweiz stimmt bald über ein Grundeinkommen ab. Ist das eine Chance für die Gleichstellung?

Das würde Bewegung in die Sache bringen. Aber es ist fraglich, ob ein Grundeinkommen Männer automatisch dazu bewegen würde, mehr Care-Arbeit zu übernehmen. Die Erfahrung zeigt, dass

“
Die Ehe ist nach wie vor auf zwei Personen ausgerichtet.

dies explizit mit verhandelt werden muss.

Sie haben über Postkolonialismus in der Schweiz publiziert. Was hat die Schweiz mit Kolonialismus zu tun?

Dank Forschungen wissen wir heute, dass Schweizer Firmen in den kolonialen Handel und den transatlantischen Sklavenhandel involviert waren. Koloniale Verbindungen gibt es auch zur Wissenschaft: Im Zürcher Institut für Anthropologie wurden Handbücher für Rassenforschung publiziert, die weltweit in Gebrauch waren. Mich interessiert ein weiterer Punkt: Welche kolonialen Bilder und Denkmuster wurden in der Schweiz verwendet und wie wirken sie sich auf die Gegenwart aus?

Was haben Sie da entdeckt?

In Geschichten wie «Dr Schorsch Gaggo reist uf Afrika» werden koloniale Bilder selbstverständlich an Kinder weitergegeben. Kasperli tritt als eine Art humanitärer Helfer auf, der die Menschen vor Ort vor einem Löwen rettet. Die afrikanischen Figuren sind gänzlich passiv und warten auf die Hilfe der Schweizer. Solche Kindergeschichten vermitteln koloniale Bilder einer heldenhaften Schweizer Männlichkeit und von hilflosen und abhängigen anderen.

Sie forschen auch über das Bergsteigen und die Schweizer Himalaya-Expeditionen nach 1945. Was hat das mit Kolonialismus zu tun?

Die Schweiz wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wegen ihrer Neutralität gegenüber Deutschland stark kritisiert. Sie stand unter Druck, sich international zu engagieren. Als die Dekolonialisierung begann, ergab sich die Gelegenheit für die Schweizer, sich als «gute Sahibs» zu profilieren.

Ging es um eine Art kolonialen Nachholbedarf?

Das ist eine meiner Thesen. Die Schweizer Alpen wurden im 19. Jahrhundert als eine Art Spielfeld von den Briten genützt. Die Schweizer waren die Führer und Träger, der Ruhm ging aber oftmals an die Briten. Die Himalaya-Expe-



Foto: Valérie Chételat

ditionen boten die Gelegenheit, das Spiel nochmals in anderer Aufstellung durchzuspielen.

Wie passen da die Schädelvermessungen an Nepalesen dazu, die auf einer Expedition vorgenommen wurden?

Es gab eine Art Ungleichzeitigkeit kolonialer und «postkolonialer» Umgangsweisen. An der Expedition von 1952 nahm eine Wissenschaftlerin teil, die Schädelvermessungen vorgenommen hatte. Auch war das Verhältnis zu den Sherpas grundsätzlich kolonial geprägt. Zugleich musste man im Zuge der Dekolonialisierung andere, gleichberechtigte Beziehungen zu den vormals kolonisierten entwickeln. Dem Genfer Bergsteiger Raymond Lambert und dem nepalesisch-indischen Sherpa Tenzing gelang 1952 beinahe die Erstbesteigung des Everest. Ihre Freundschaft wurde zu einem Sinnbild für die darauf folgende Ära der Entwicklungshilfe, in der sich Partnerschaft und Paternalismus auf neue Art verschränkten. Interessanterweise wurde Nepal zur gleichen Zeit zu einem der ersten Schwerpunktländer der Schweizer Entwicklungshilfe.

Das Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit hat demnach auch koloniale Ursachen?

Nebst dem internationalen Druck zur Öffnung der Schweiz ging es beim entwicklungspolitischen Engagement auch um Renomé und um neue Absatzmärkte für die Exportwirtschaft.

Warum dauerte die Aufarbeitung dieser Aspekte der Schweizer Geschichte derart lange?

Die Schweiz hatte keine Kolonien und hat damit keine starke Diaspora aus ehemaligen Kolonien, die eine Aufarbeitung hätte einfordern können. Es ging in der kritischen Geschichtsschreibung der vergangenen Dekaden stark darum, die Schweiz als Teil Europas zu verstehen. Nun geht es darum, die Schweiz als Teil einer globalisierten Welt zu denken.

Das mag für die Forschung gelten. Aber in der Bevölkerung scheint die Sensibilität nicht sehr gross zu sein.

Das Interesse ist gross, gerade bei Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund, die sich zur Zeit schweizweit vernetzen, um etwa den Alltagsrassismus in der Schweiz zu kritisieren. Dass viele aus der weissen Mehrheitsgesellschaft mit Abwehr reagieren, stimmt leider auch.

In einem von Ihnen herausgegeben Buch wird die feministische Kritik am Kopftuch als rassistisch abgewertet. Wie passt das zum Feminismus?

Menschenrechte werden immer wieder instrumentalisiert. Die feministische Theoretikerin Gayatri Spivak diskutiert das anhand der britischen Herrschaft in Indien: Die Briten haben die Witwenverbrennung verboten. Das war richtig. Das Verbot wurde aber in erster Linie zur Legitimierung der kolonialen Herrschaft benützt. Es diente dazu, die indischen Männer als Unzivilisierte darzustellen, die weisser Führung bedürften.

Sie sehen Parallelen zu den Vorurteilen gegenüber dem Islam?

Ja. Die Gefahr ist gross, dass Frauenrechte für rassistische Zwecke instrumentalisiert werden. Das ist eine der Lehren, die wir aus der Kolonialgeschichte ziehen müssen.

Feministische Islam-Kritik gibt es aber nicht nur von Rassisten. In Ratings zu den Frauenrechten fungieren die islamischen Staaten meist am Schluss.

Da muss man differenzieren. Der Islam ist kein monolithischer Block. Reden wir von den restriktiven Gesetzen in Saudiarabien oder von Indonesien, einer der grössten Demokratien der Welt? Sprechen wir von religiösen, säkularen oder feministischen Musliminnen? Wer sich in der Schweiz mit den Problemen junger Musliminnen beschäftigt, wird rasch merken, dass für viele nicht das Kopftuch im Zentrum steht, sondern zum Beispiel die Schwierigkeit, mit einem «fremd» klingenden Namen eine Lehrstelle zu finden. Wenn es wirklich um die muslimischen Frauen geht, muss man mit ihnen sprechen und nicht über deren Köpfe hinweg eine Stellvertreterdebatte führen.

Was meinen Sie damit?

Man versucht anhand des Körpers muslimischer Frauen eine Kulturclash-These zu konstruieren.

Die Stellung der Frau in Europa ist also nicht besser als in den Herkunftsländern von Migranten?

Es gibt in allen Ländern geschlechterbedingte Ungerechtigkeiten. Die Frage ist: Wo sind sie wie ausgeprägt? Gegenüber Migrantinnen wird in der Schweiz oft eine selbstgerechte Haltung eingenommen: «Die können froh sein, in einem Land zu leben, in dem die Stellung der Frau besser ist.» In einigen Bereichen mag die Situation in der Schweiz besser sein, in anderen Bereichen ist sie es vermutlich nicht. Warum spricht man mit Migrantinnen nicht über die Probleme, die sie mit den patriarchalen Begebenheiten in der Schweiz haben? Für viele ist es zum Beispiel ein Schock, dass sich Mütter, die in der Schweiz Vollzeit erwerbstätig sind, immer noch rechtfertigen müssen.

Wie interpretieren Sie denn die Belästigungen von Frauen durch nordafrikanische Männer in Köln?

Es ist interessant, wie stark geschlechterspezifische Gewalt am Beispiel von «Köln» zum Thema gemacht wird. Sonst wird sexuelle Belästigung im deutschen Alltag oft totgeschwiegen. «Köln» wird leider auch als Gelegenheit benützt, Sexismus auf andere zu projizieren. Das bedeutet nicht, dass nichtweisse Männer nicht auch Täter sind. Aber es ist problematisch, sexualisierte Gewalt nur im Zusammenhang mit Migranten oder Flüchtenden zu thematisieren.

Das Verhältnis der Schweizer zu den Sherpas war kolonial geprägt.

Wenn Flüchtlinge aus islamischen Gesellschaften Mühe mit der Stellung der Frau in der Schweiz haben, so ist das doch nicht erstaunlich.

Was für ein Bild von Flüchtenden skizzieren Sie hier? An der Luzerner Fasnacht wurden Flugblätter an Flüchtlinge verteilt, in denen Benimmregeln in Erinnerung gerufen wurden. Wenn man sich vor Augen hält, wie es an der Luzerner Fasnacht manchmal zu- und hergeht, hätte man gut daran getan, das Flugblatt allen zu verteilen. Es gibt keinen Grund davon auszugehen, dass Flüchtlinge sexistischer denken und agieren als Schweizer.

Sie sehen also keine Probleme, wenn Menschen aus anderen Kulturen in grosser Zahl hierher kommen?

Nein. Es gibt keine radikal «anderen Kulturen», genauso wie es keine abgeschlossene «eigene Kultur» gibt. Zur Verbesserung der Frauenrechte in der Schweiz, etwa zur Zulassung von Frauen an die Universitäten oder zur Einführung des Stimmrechts haben Migrantinnen viel beigetragen. Für Handlungen, wie sie in Köln geschehen sind, gibt es das Strafrecht. Und das sollte für alle auf gleiche Weise gelten, für Menschen mit oder ohne Schweizer Pass.

Patricia Purtschert

Die 43-jährige Philosophin ist seit kurzem neue Co-Leiterin des von Brigitte Schnegg gegründeten Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung der Universität Bern. Zuvor war sie als Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte der modernen Welt der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich tätig. Purtschert widmete ihre bisherige Forschung in erster Linie der postkolonialen Schweiz. Eine ihrer Thesen lautet, dass die Schweiz am Kolonialismus beteiligt war, auch ohne über eigene Kolonien zu verfügen. Die begeisterte Bergsteigerin lebt in eingetragener Partnerschaft mit ihrer Partnerin und zwei Kindern in der Nähe von Zürich. (bob)

Die gesammelten Samstagsinterviews unter www.samstagsinterviews.derbund.ch

Diese Woche

Leitartikel Die Schweizer Verkehrspolitik krankt an der Wurzel: Sie setzt auf Wachstum und scheut sich davor, neue Wege zu beschreiten. *Stefan Häne*

Im Tunnelblick gefangen

Machen Politiker Versprechungen, ist Vorsicht geboten. Zu Recht. Nur drei Tage nach ihrem Gotthardttriumph haben die bürgerlichen Promotoren einer zweiten Röhre ihre Fassade abgelegt: Offen stellen sie das Gesetz zur Verlagerung des Güterverkehrs infrage – und damit die Umsetzung der Alpeninitiative, der Volk und Stände 1994 zugestimmt haben. Sie tun somit das Gegenteil dessen, was sie im Abstimmungskampf versichert haben. So hat ein Vorstoss der FDP-Fraktion am Mittwoch im Nationalrat eine Mehrheit gefunden: Der Bundesrat muss nun prüfen, ob und wie sich das Verlagerungsziel zeitlich oder mengenmässig neu justieren lässt. Noch gilt gemäss Gesetz: Bis spätestens 2018 darf die Zahl der Lastwagenfahrten durch die Alpen maximal 650 000 betragen; heute ist es gut eine Million.

Bemerkenswert ist nicht nur, wie kaltschnäuzig die Abstimmungssieger vorgehen. Entlarvend ist auch ihre Argumentation: Weil sich abzeichnet, dass bis 2018 noch immer zu viele Lastwagen die Alpen queren, wollen sie das gesetzlich verankerte Ziel erneuern. Dabei müsste es genau umgekehrt sein: Nicht das Ziel bedarf einer Anpassung, nötig sind vielmehr Massnahmen, um es endlich zu erreichen.

Eine breite Politiker-Allianz hat nun die Idee einer Maut neu lanciert. Doch den Verkehr drosseln und lenken können Gebühren nur, wenn sie finanziell ernstlich schmerzen. Doch dergestalt dürfte die politische Überlebenschance der Maut gegen Null sinken. Bereits die geplante Verteuerung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken ist 2013 an der Urne klar gescheitert.

Die bürgerliche Machtdemonstration vom Mittwoch lässt erahnen, wie viel wert das Versprechen hat, am Gotthard dereinst nur zwei der vier Fahrspuren zu betreiben. Auch diese Zusicherung dürfte nichts als Propaganda in einem erbittert geführten Abstimmungskampf gewesen sein. Es

bleibt die Erkenntnis: Die Verkehrspolitik verläuft nicht in ökologisch nachhaltigen Bahnen.

Nur in der Theorie mobiler

Manifest wird das nicht nur am Gotthard. Die Verkehrspolitik krankt im Kern an einem fundamentalen Missverständnis: Sie verwechselt Mobilität mit Verkehr. So möchte sie, dass die Menschen schneller an ihr Ziel kommen. In Tat und Wahrheit bläht sie aber nur den Verkehr auf. Der Staat hat in den letzten Jahrzehnten Milliarden in den Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur investiert. Dadurch sind die Wege besser und schneller geworden, die Menschen mobiler – allerdings nur in der Theorie. Denn die Erfahrung zeigt: Neue Strassen führen dazu, dass die Menschen weiter weg vom Arbeitsplatz ziehen und ihr Wochenende in den Alpen statt im nahen Wald verbringen. Am Ende sind sie so immer schneller auf immer längeren Routen unterwegs. Die Mobilität nimmt folglich nicht zu, sehr wohl aber der Verkehr – das gilt notabene auch für den öffentlichen Verkehr.

Theoretisch wäre es möglich, den Verkehr in der Währung Zeit zu verteuern, also langsamer zu machen, wie dies Buchautor Marcel Hänggi darlegt. Eine Verlangsamung bewirke eine Verkürzung der Wege, der Verkehr nehme so ab, die Mobilität zu, so Hänggi. Indes: Verkehrswege im gros-

sen Stil rückzubauen oder Tempo 30 auf allen Hauptstrassen einzuführen ist auf absehbare Zeit illusorisch, da politisch nicht mehrheitsfähig.

So ruhen die Hoffnungen auf Mobility Pricing: Wer viel und auf beliebten Strecken zu attraktiven Zeiten fährt, soll mehr bezahlen. Der Bundesrat will damit aber nur die bestehende Infrastruktur besser nutzen und die Verkehrsspitzen brechen. Den Verkehr insgesamt soll Mobility Pricing nicht verteuern, vielmehr soll es andere Abgaben wie etwa die Mineralölsteuer ersetzen. Doch selbst in dieser abgesehenen Version wird Mobility Pricing wohl zwischen den politischen Fronten zerrieben. Die Linke will faktisch nur ein Roadpricing, die Rechte keine Strassenzölle. Hinzu kommt: Eine Bepreisung eines öffentlichen Gemeinguts wie der Strasse oder Schiene birgt sozialpolitischen Zündstoff: Reiche werden sich sämtliche Formen des Verkehrs weiter leisten können, während weniger Begüterte um ihre Bewegungsfreiheit bangen müssen.

Die Politik unter bürgerlicher Führung hat es versäumt, den Verkehr in seiner klimapolitischen Dimension zu erfassen. Die Mobilität frisst in der Schweiz bereits 40 Prozent aller Energie. Doch noch immer fehlt es an einer CO₂-Abgabe auf Treibstoff. Zwar will der Bundesrat ab 2020 ein Energie-Lenkungssystem einrichten – vorerst allerdings ohne die Treibstoffe einzubinden. Widersprüchlich agiert insbesondere Doris Leuthard. Die Umweltministerin präsentierte am Klimagipfel in Paris durchaus ambitionierte Ziele: So will die Schweiz ihren Treibhausgas-Ausstoss zwischen 2020 und 2030 um 50 Prozent reduzieren. Zurück in der Schweiz, weibelte Leuthard für die zweite Gotthardröhre und den Ausbau der A1.

Leuthard gerät so zur Chiffre für den Zustand des Landes, das im Tunnelblick gefangen ist: Das Klima schützen, ja – freilich nur, solange freie Fahrt für alle gilt.

Die Mobilität wächst nicht, sehr wohl aber der Verkehr.

Orlando



www.orlando.derbund.ch